



HESSISCHER LANDTAG

22. 05. 2019

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Internationale Zusammenarbeit und Transparenz für mehr Steuergerechtigkeit

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Steuerkriminalität und aggressive Steuervermeidungsstrategien unser Gemeinwesen massiv schädigen. Steuerkriminalität ist eine Straftat. Sie ist ein Akt fehlender Solidarität mit der Gesellschaft und dem Staat. Der Landtag kritisiert in diesem Zusammenhang auch das Verhalten von multinationalen Konzernen, die ihre Gewinne mittels aggressiver Steuervermeidungsstrategien so verschieben, dass sie kaum Steuern zahlen. Neben den gravierenden finanziellen Einbußen für unsere Gesellschaft gilt es, diese Steuervermeidungsstrategien auch aus Gründen der wettbewerblichen Fairness gegenüber den steuerehrlichen kleinen und mittelständischen Unternehmen zu bekämpfen. Der Landtag begrüßt daher das Engagement der Landesregierung gegen Steuerkriminalität und aggressive Steuervermeidungsstrategien auf allen Ebenen. Er erkennt an, dass Hessen bislang erfolgreich agiert hat und personell wie auch technisch gut aufgestellt ist.
2. Der Landtag befürwortet das „country-by-country-reporting“, bei dem große internationale Konzerne gegenüber Steuerbehörden der EU ihre Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen in den einzelnen Nationalstaaten offenlegen müssen. Internationale Zusammenarbeit der Steuerbehörden und Transparenz sind wirksame Mittel gegen Steuervermeidung. Er begrüßt zudem Hessens Engagement, die einzuführende Meldepflicht grenzüberschreitender Steuergestaltungen auch auf nationale Steuergestaltungsmodelle auszuweiten.
3. Der Landtag betont, dass Frankfurt als führender Finanzplatz Kontinentaleuropas eine herausragende Relevanz sowohl für die Wirtschaft in ganz Hessen sowie weit darüber hinaus innehat als auch für die Menschen, die von den direkt und indirekt mit dem Finanzplatz zusammenhängenden Arbeitsplätzen profitieren. Daher ist bei einer Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Frankfurt zu berücksichtigen und Ausweichreaktionen sind zu vermeiden. Nur mit einem starken und wettbewerbsfähigen Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten. Der Landtag stellt zudem fest, dass eine große Mehrheit des Bundestages sich anlässlich der nationalen Umsetzung des Europäischen Fiskalpakts darauf verständigt hat, die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz voranzutreiben. Ziel muss es sein, diese so gerecht zu gestalten, dass sie alle Finanzinstrumente umfasst. Relevante negative Folgen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanlegerinnen und Kleinanleger und auf die Realwirtschaft müssen vermieden werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. Mai 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Holger Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)